

Presseartikel zu Kürzungen Globaler Fonds

'Wir sind schockiert'

| 0  | **SZ** | **Macht** | 22.07.2010 17:26

Kurz vor Beginn der internationalen Aidskonferenz in Wien empören sich deutsche Entwicklungshelfer über die Bundesregierung, weil diese offenbar ihre Geldleistungen für die Aidsbekämpfung massiv kürzen will.

'Wir sind sprachlos', sagt Marwin Meier von World Vision. 'Wir sind schockiert, das werden wir zum Thema machen', kündigt Oliver Moldenhauer von Ärzte ohne Grenzen an. Auf dem UN-Treffen, das am Sonntag beginnt, werden 25000 Politiker, Juristen, Mediziner, Menschenrechtler und Pharmavertreter über die internationale Aids-Strategie diskutieren - und über deren Finanzierung.



Bisher ist Deutschland nach den USA und Frankreich der größte Geldgeber für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bei. Unter dem Dach dieses Fonds kooperieren Geberstaaten, Pharmafirmen, Hilfsorganisationen und Entwicklungsländer, um

die schlimmsten Krankheiten zu bekämpfen und das Gesundheitswesen in armen Ländern zu verbessern. Die Initiative ist die weltweit finanzkräftigste Organisation zur Bekämpfung von Aids. 'Nun gibt es starke Signale, dass Deutschland von 2012 an die Zahlungen einstellen will', sagt Christoph Benn, Direktor für Außenbeziehungen beim Aids-Fonds.

Im September 2007 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch zur 'entscheidenden Geberkonferenz' eingeladen, wie das Bundesentwicklungsministerium in einer Mitteilung schrieb. Dem Fonds komme eine 'zentrale Rolle' im Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose zu, hieß es. Die wichtigsten Industriestaaten, die G8, sagten 9,7 Milliarden Dollar für 2008 bis 2010 zu. Deutschland beteiligte sich mit rund 200 Millionen Euro pro Jahr.

Anfang Oktober steht die nächste Geberkonferenz für den Fonds an, die das Budget für die kommenden drei Jahre bestimmt. Deutschland hat bisher nur für 2011 nochmals 200 Millionen Euro angekündigt. Über 2012 und 2013 schweigt die Regierung, während andere G-8-Staaten signalisieren, dass sie die Zahlungen aufstocken wollen. Ein Sprecher des Entwicklungsministeriums in Berlin wollte dazu keinen Kommentar abgeben.

'Das sieht nach dem nächsten Versuch aus', sagt Fonds-Direktor Benn. Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) wollte bereits im Januar den Beitrag für das laufende Jahr auf 142 Millionen Euro kürzen. Erst als Benn bei der Regierung massiv intervenierte, stockte Deutschland die Zahlung auf 204 Millionen Euro auf. Benn vermutet hinter den Sparplänen Niebels Abneigung gegen die multinationale Entwicklungshilfe. Der Minister will maximal ein Drittel seines Budgets für internationale Projekte ausgeben. Er bevorzugt bilaterale Kooperationen mit armen Ländern, weil Deutschland dann stärker über die Mittel bestimmen könne. Trotzdem wundern sich viele über Niebels Widerstand. Denn der Fonds arbeitet eng mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammen, entspricht also genau dem, was der FDP-Minister stets als Wunschkooperation propagiert.

Karin Roth, Sprecherin der SPD-Fraktion im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern, vermutet, dass die Regierung einen Teil des Geldes für die Aidsbekämpfung zugunsten der Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit umschichten wolle. Deutschland hat auf dem G-20-Gipfel im Juni für diesen Bereich fünf Jahre lang jeweils 80 Millionen Euro versprochen. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es unwahrscheinlich, dass diese Mittel zusätzlich bezahlt werden.

Fonds-Direktor Benn sagt, das Budget müsse mindestens um 30 Prozent steigen, um die Behandlung der Aids-Kranken zu gewährleisten. Dank des Fonds erhalten 2,8 Millionen Menschen in armen Ländern Medikamente, 2,4 Millionen weitere Behandlungen finanzieren andere Geber. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber früheren Jahren. Aber zehn Millionen Patienten warten immer noch auf ärztliche Pflege. In Afrika, wo Aids am meisten verbreitet ist, erhalten erst 42 Prozent der Aids-Kranken Medizin. Dabei hatten die G-8-Staaten 2005 versprochen, bis 2010 für alle Bedürftigen weltweit den Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten.

'Auch die Prävention haben wir noch nicht im Griff', sagt Tobias Luppe, Gesundheitsexperte bei Oxfam. Auf einen Kranken, der eine Behandlung anfängt, kommen drei neu Infizierte. In manchen Ländern weisen Ärzte Patienten ab, weil das Geld für die Therapie fehlt - das kommt einem Todesurteil gleich. Mehr Mittel sind auch nötig, weil immer mehr Aids-Kranke behandelt werden, länger leben und im Verlauf der Therapie teurere Medikamente brauchen als zu Beginn. 'Es wäre fatal, gerade jetzt das Geld zu streichen, wo man sieht, dass der Kampf gegen Aids Erfolge zeigt', sagt Luppe.

Von Judith Raupp

Quelle: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/507858>

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/meldung/1650187/> abgerufen werden.

LAUSITZER RUNDSCHAU

Lausitzer Rundschau: Zu Aids:

18.07.2010 - 21:14 Uhr, Lausitzer Rundschau

Cottbus (ots) - Weltweit sind über 30Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert, der die Immunschwächekrankheit Aids auslöst. Eine Heilung gibt es noch nicht. Umso wichtiger sind Prävention und Aufklärung und die kontinuierliche Versorgung der Betroffenen mit lebensverlängernden Medikamenten. Eine Aufgabe, die sich besonders der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose auf die Fahnen geschrieben hat. Doch genau hier will Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel sparen. Von 600 auf 200 Millionen Euro sollen die deutschen Beiträge für den im Jahr 2000eingerrichteten Fonds schrumpfen. Würden Niebels Pläne umgesetzt, wären sie ein tödlicher Fehler. Ein falsches Sparen, wie es schlimmer nicht sein kann. Denn die wenigsten Menschen in der Dritten Welt können sich die teuren Aids-Medikamente leisten. Sie sind auf die Hilfe aus Europa angewiesen. Und zwar nicht auf weniger, sondern auf mehr Hilfe als bisher: Schließlich erhalten derzeit zehn Millionen Aids-Patienten keine adäquate medizinische Versorgung. Auch für uns Europäer kann das fehlende Geld im Kampf gegen Aids auf Dauer teuer werden. Denn in Osteuropa scheint die Epidemie außer Kontrolle zu geraten. Bis sie von dort nach Deutschland überschwappt und sich auch hier wieder mehr und mehr Menschen infizieren, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein.

Pressekontakt:
Lausitzer Rundschau

Telefon: 0355/481232
Fax: 0355/481275
politik@lr-online.de

Originaltext: Lausitzer Rundschau
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/47069/>
Pressemappe via RSS: http://www.presseportal.de/rss/pm_47069.rss2

Mehr Geld für mehr Menschenleben

Auf der Aidskonferenz gerät Berlin unter Geberdruck / Von Peter-Philipp Schmitt

19. Juli 2010 WIEN, 19. Juli. Vor den Türen der Messe stehen Mozarts, mit Rokoko-Kostümen und gepuderten Perücken. Sie sollen bei den Delegierten der Welt-Aidskonferenz für gute Laune sorgen. Wenige Meter weiter, im Foyer wird es aber schon wieder ernst: Dort hängen Plakate, auf denen die linke Gesichtshälfte von Barack Obama und die rechte von George W. Bush zu einem Kopf zusammengefügt wurden. Darüber steht: "Who's better on Aids?" Wer tut mehr im Kampf gegen Aids? Das ist nicht nur eine Frage, die sich an die Vereinigten Staaten richtet. Washington bietet international seit jeher das meiste Geld gegen die Immunschwächekrankheit auf. Dabei hat ausgerechnet der ansonsten so umstrittene Bush mit dem präsidentialen Aids-Nothilfeplan (Pepfar) mehr für Aidskranke getan als jeder andere Mensch auf diesem Planeten.

Am ersten Tag der internationalen Zusammenkunft von gut 25 000 Delegierten geht es vor allem ums Geld. Der Globale Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria bereitet seinen nächsten Drei-Jahres-Plan vor (2011 bis 2013). Im Oktober sollen die großen Geldgeber in New York bekannt geben, wie viel sie bereit sind zu zahlen. Deutschland ist zur Zeit der drittgrößte Geldgeber nach den Vereinigten Staaten und Frankreich. Washington gab bislang 1,05 Milliarden Dollar (etwa 810 Millionen Euro) und hat schon auf 1,125 Milliarden Dollar aufgestockt. Frankreich zahlt 300 Millionen Euro und deutet an, die Summe erhöhen zu wollen. Deutschland überweist bisher 200 Millionen Euro - und die Bundesregierung will laut Haushaltsplan auch 2011 noch einmal 200 Millionen Euro überweisen. Danach aber will Berlin offenbar nichts mehr an den Globalen Fonds geben. Statt 600 Millionen in drei Jahren käme Deutschland für 2011 bis 2013 dann nur noch auf ein Drittel der bisherigen Summe.

Für den Globalen Fonds wäre das eine Katastrophe. Ausgerechnet das Land, das 2007 beim G-8-Gipfel in Heiligendamm die wichtigsten Industrienationen zu der Zusage bewog, 60 Milliarden Dollar für den Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria bis zum Jahr 2015 auszugeben, was für Deutschland einem Anteil von etwa vier Milliarden Euro entspricht. Bislang war Berlin auf Kurs: 200 Millionen Euro gingen an den Globalen Fonds, etwa 300 Millionen Euro wurden noch einmal bilateral ausgegeben. Nun aber scheint Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) vermehrt auf bilaterale Projekte setzen zu wollen. Schon Anfang des Jahres versuchte er kurzfristig die dem Globalen Fonds fest zugesagten 200 Millionen Euro zusammenzustreichen und nur 142 Millionen zu überweisen. Damit scheiterte er aber, auch weil er sich nicht so einfach der Verpflichtung, die Berlin eingegangen war, entziehen konnte.

Der Globale Fonds kämpft seit Jahren um mehr Mittel. Insgesamt, so rechnen die Vereinten Nationen vor, wären 2009 allein für den Kampf gegen Aids in Entwicklungsländern 23,9 Milliarden Dollar nötig gewesen, letztlich waren es 15,9 Milliarden - auch weil erstmals einige durch die Finanzkrise gebeutelte europäische Länder einige 100 Millionen Euro an bilateralen Hilfen einsparten. Zugleich hat der Globale Fonds nach den Worten seines Direktors, des Franzosen Michel Kazatchkine, so große Fortschritte gemacht, dass es im Jahr 2015 schon keine Malaria-Tote mehr geben könnte. Und es könnte dann sogar gelingen, dass kein einziges Kind mehr mit HIV zur Welt kommen müsste, weil es richtig behandelt wird. Dafür bräuchte seine Organisation aber 20 Milliarden Dollar in den nächsten drei Jahren - so viel, wie sie seit der Gründung 2002 zusammen bekommen hat.

Die Erfolge des Globalen Fonds sind beeindruckend: Er hat fast sechs Millionen

Menschenleben gerettet, 122 Millionen Bettnetze gegen Malariamücken verteilt, für sieben Millionen Menschen die Tuberkulosebehandlung bezahlt und für 2,8 Millionen Aidskranke die antiretroviralen Medikamente. Soll man ihnen die lebenserhaltenden Tabletten vorenthalten? Zudem warten noch Millionen auf eine Aidstherapie, auch wenn schon, wie die Weltgesundheitsorganisation bei der Konferenz mitteilt, 5,2 Millionen Aidspatienten in Behandlung sind.

Zwei Millionen von ihnen werden alleine von Pepfar unterstützt. Bush war lange die meistgehasste Person bei Aidskonferenzen - zumal sein Amtsvorgänger Bill Clinton mit seiner eigenen Stiftung viel Gutes für Millionen Betroffene leistet. In Wien könnte Niebel nun zum Buhmann werden. Dass längst nicht genug erreicht wurde, zeigen Plakate, die am Messegelände neben dem Prater und in der ganzen Stadt hängen. Unter der Überschrift "Wien hat Aids" sieht man Bilder einer menschenleeren Metropole. Darunter steht, dass alleine 2007 weit mehr als 1,7 Millionen Menschen an Aids gestorben sind - also die gesamte Bevölkerung der österreichischen Hauptstadt und Zigtausende mehr.

Text: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/aidshilfe-koennte-geld-fehlen/1887006.html>

20.07.2010 09:52 Uhr |

BEITRAGSKÜRZUNGEN

Aidshilfe könnte Geld fehlen

Der globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GF) befürchtet, dass bei der nächsten Wiederauffüllungskonferenz im Oktober zahlreiche Geberländer ihre Beiträge kürzen werden.

Bei der Weltaidskonferenz in Wien herrscht große Sorge über die weitere Finanzierung der Aidstherapie. Derzeit erhalten etwa fünf Millionen Menschen weltweit entsprechende Medikamente. Der globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GF) befürchtet, dass bei der nächsten Wiederauffüllungskonferenz im Oktober zahlreiche Geberländer ihre Beiträge kürzen werden. „Ohne ausreichende Mittel werden wir die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen nicht erreichen und können weder unsere bereits bestehenden Programme noch nötige neue Programme ausreichend finanzieren“, sagte Michel Kazatchkine, der Direktor des „Global Fund“.

Um weitere Fortschritte im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit zu erzielen, müssten die Geberländer in den nächsten drei Jahren etwa 20 Milliarden Euro in den Fonds einzahlen, hieß es. „Aber zum ersten Mal in zehn Jahren erleben wir stattdessen eine Reduzierung der Unterstützung“, sagte der Direktor des UN-Aidsprogramms Unaid. Wenn die Mittel gekürzt würden, werde dies „katastrophale Konsequenzen“ haben, erklärte Kazatchkine. Der GF bezahlt derzeit für die Therapie von etwa 2,8 Millionen der weltweit fünf Millionen Menschen, die Aidsmedikamente erhalten.

Nichtregierungsorganisationen hatten bereits am Sonntag an Deutschland appelliert, seine Mittel für den Fonds nicht zu kürzen. Es gebe Zeichen aus Regierungskreisen, dass dies geplant sei, hieß es. Deutschland hat in den vergangenen drei Jahren jeweils 200 Millionen Dollar (150 Millionen Euro) gezahlt und ist damit das drittgrößte Geberland.

Der frühere US-Präsident Bill Clinton mahnte bei der Konferenz in Wien einen besseren Einsatz der finanziellen Hilfen für den Kampf gegen die Immunschwächekrankheit an. „In viel zu vielen Ländern geht viel zu viel Geld an zu viele Menschen, die auf zu viele Treffen fahren und zu viele Flugzeuge nehmen, um zu viel technische Hilfe zu leisten“, sagte Clinton, dessen gemeinnützige Stiftung sich für die Eindämmung des HI-Virus einsetzt, am Montag. *dpa/AFP*

21.07.2010 | 2 Kommentare



WELT-AIDS-KONFERENZ IN WIEN

Flucht durch die Hintertür

In Wien tagt die Welt-Aids-Konferenz. Doch nicht alle Teilnehmer sind willkommen und selbst der Gastgeber wird auf einer Großdemonstration ausgebuht.

VON RALF LEONHARD



Die Verfolgung von Homosexuellen behindert die Maßnahmen gegen die HIV-Verbreitung empfindlich.

Foto: dpa

WIEN taz | Die Vuvuzela ist bereits zur globalen Folklore geworden. Als Dienstagabend rund 20.000 Menschen auf dem Wiener Heldenplatz für Menschenrechte und gegen Diskriminierung von AIDS-Kranken demonstrierten, wurde die nervige Tröte wieder lautstark eingesetzt. Dabei waren auch viele der knapp 25.000 Delegierten der Internationalen AIDS-Konferenz, die bis Freitag in Wien schwerpunktmäßig über die besorgniserregende HIV-Verbreitung in Osteuropa und Zentralasien sowie über die Fortschritte bei der Suche nach einem Impfstoff diskutiert.

Angenehmer als die Vuvuzelas war da die Stimme der schottischen Sängerin Annie Lennox, die vor ihrer Piano- und Gesangseinlage den Gastgeber Österreich vorwarf, sich zu wenig gegen AIDS zu engagieren. Lennox ist seit kurzem "UNAIDS-Botschafterin des guten Willens". Gesundheitsminister Alois Stöger von SPÖ wurde prompt ausgebuht, als er das Wort ergriff.

Ähnlich wäre es wohl dem deutschen Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) ergangen, wenn er sich in Wien gezeigt hätte. Das BMZ überlegt, nach 2012 seinen Beitrag zum Globalen Fonds um zwei Drittel zu kürzen. Zwischen 2001 und 2010 betrug er insgesamt rund 1,2 Mrd. Dollar. Christiane Fischer, Sprecherin eines Aktionsbündnisses deutscher NGOs, protestierte: "Für die Rettung der Banken sind Milliarden Euro übrig, aber bei der Rettung von Millionen von Menschen wird der Rotstift angesetzt".

Zu Turbulenzen kam es auch auf der Konferenz selbst. Wie am Dienstagnachmittag mit Eric Goosby, dem Aids-Koordinator der US-Regierung. Grund der Empörung: Das von ihm mitverantwortete US-HIV-Programm PEPFAR (President's Emergency Plan for Aids Relief), das 2002 von George Bush lanciert wurde. Es privilegiert den Aufruf zu sexueller Enthaltbarkeit und ehelicher Treue gegenüber umfassenden Aufklärungsprogrammen.

Goosby floh durch den Hinterausgang als Prostituierte beiderlei Geschlechts seine Pressekonferenz störten. Wenige Stunden vorher hatte das Center for Health and Gender Equity (Change) darauf hingewiesen, dass sich trotz anderslautender Ankündigungen von Barack Obama in der US-Anti-AIDS-Politik wenig geändert habe. Ein neues Gesetz, das den Gebrauch von Kondomen nicht mehr verpönt, ist den Aktivisten zu wenig.

Diskriminierende Gesetze sind in vielen Teilen der Welt ein Problem für die wirksame Bekämpfung der Immunschwächekrankheit. In Asien und der Pazifikregion wird der Sex zwischen Männern immer noch in 19 von 48 Ländern kriminalisiert. In Afghanistan und Pakistan droht die Todesstrafe, in einigen weiteren islamischen Ländern werden Schwule ausgepeitscht.

Eine vom United Nations Development Programme (UNDP) in Auftrag gegebene Studie belegt jetzt, dass die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen und Transgenderpersonen die Maßnahmen gegen die HIV-Verbreitung empfindlich behindert. Der australische Menschenrechtsanwalt John Godwin zitierte aus der von ihm mitverfassten Studie, dass in der Region weniger als 20 Prozent dieser Bevölkerungsgruppen von Präventionsprogrammen erreicht werden.

Bis 2020, so die Studie, werden 50 Prozent der Neuinfektionen sexuell aktive Homosexuelle und Transgenderleute betreffen. In der Gesundheitspolitik vieler Länder sei das angekommen, so Jeffrey O'Malley vom UNDP, doch das Strafrecht hinke hinterher.

Lange Zeit hatten auch die Religionsgemeinschaften weltweit die effektive AIDS-Prävention verhindert. Auf der Wiener Konferenz traten jetzt mehrere Initiativen von Vertretern verschiedener Konfessionen auf, die sich für Aufklärung einsetzen und das Kondom nicht mehr verteufeln. „Kondome fördern Promiskuität nicht mehr, als Regenschirme Regen erzeugen“, meinte Janine Kossen von der Organisation Advocates for Youth.

Dieser Text ist mir was wert: Flattr 0 [?] [taz-Kto]

Sorge um Aids-Hilfen

Springt Haupt-Geldgeber Deutschland ab?

Just zum Auftakt der Weltaidskonferenz gibt es Anzeichen dafür, dass Deutschland seine Aidshilfe ab 2012 drastisch reduzieren will. Vor allem der "Global Fund" reagiert entsetzt.

Der Kampf gegen Aids ist mühsam, langwierig - und vor allem teuer. Da ist für Politiker die Versuchung groß, in Zeiten leerer Kassen dem nicht so öffentlichkeitswirksamen Thema die Mittel zusammenzustreichen. Nun schreckt just bei der Weltaidskonferenz in Wien eine Nachricht aus Deutschland die Hilfsorganisationen auf: Die Bundesregierung will angeblich das Geld für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GF) in den kommenden Jahren um zwei Drittel kürzen.

Auch Rückzug anderer Länder befürchtet

Bei stetig steigenden HIV- Infiziertenzahlen wird aber mehr Geld gebraucht. Der GF befürchtet zudem, dass auch zahlreiche andere Länder im Oktober ihre Unterstützung aufgrund der Finanzkrise kürzen wollen, sagte Michel Kazatchkine, der Direktor der Vereinigung. "Wenn die Mittel gesenkt werden, dann werden Millionen Menschen keine Medikamente mehr bekommen, es würden wieder mehr Kinder mit HIV geboren und die sinkende Todesrate würde wieder ansteigen", malte er in Wien ein düsteres Szenario.

"Wir haben wirklich Angst, denn zum ersten Mal in zehn Jahren erleben wir einen Rückgang bei der internationalen Unterstützung", fügte UNAIDS-Direktor Michel Sidibé hinzu. Zuvor hatte die Süddeutsche Zeitung von starken Signalen aus Berlin berichtet, wonach ausgerechnet Deutschland - eines der größten Geberländer für den Globalen Fonds - von 2012 an die Zahlungen einstellen wolle.

Dies sagte der Direktor für Außenbeziehungen beim Globalen Fond, Christoph Benn. "Das wäre eine Katastrophe für Kranke in den ärmeren Ländern", sagte ein Sprecher von Ärzte ohne Grenzen, Oliver Moldenhauer. Seine Organisation forderte die Bundesregierung deutlich zur Erhöhung der Hilfen auf. Aus dem Entwicklungshilfeministerium hieß es auf Anfrage am Montag, über Kürzungen "zu spekulieren oder Zahlen in den Raum zu stellen ist völlig verfrüht."

20 Milliarden Dollar für drei Jahre

Der Haushalt 2012 sei noch weit von Beratung und Aufstellung entfernt. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Im Oktober treffen sich die Geberländer zu einer Wiederauffüllungskonferenz. Spätestens dann muss Deutschland Zahlen auf den Tisch legen. Der Globale Fonds zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten war 2001 auf Initiative der UN-Sondergeneralversammlung zu HIV und Aids entstanden. Er finanziert sich aus freiwilligen Beiträgen der Geberländer und Privatpenden.

Inzwischen verwaltet die Organisation zwei Drittel der weltweiten Mittel im Kampf gegen Malaria und Tuberkulose und rund ein Viertel des weltweit aufgebrauchten Geldes im Kampf gegen Aids. "Im Oktober müssen mindestens 20 Milliarden Dollar für die nächsten drei Jahre zugesagt werden", erklärte eine HIV-infizierte Aktivistin aus Nigeria. "Wenn das nicht passiert und ich deshalb keine Medikamente mehr bekomme, werde ich bei der nächsten Weltaidskonferenz 2012 in Washington wahrscheinlich nicht mehr leben."

Deutschland hatte in den letzten Jahren je 200 Millionen Euro geschickt und war damit zuletzt das drittichtigste Geberland nach den USA und Frankreich. Nach Angaben des Entwicklungsministeriums wird die Bundesrepublik 2011 noch einmal 200 Millionen Euro geben. Wie es danach weitergeht, stand zunächst in den Sternen.

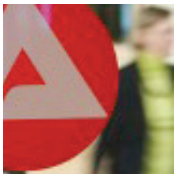
(Miriam Bandar und Carola Frentzen, dpa, N24)

19.07.2010 17:14 Uhr



[Ausbildung für Somalia](#) 

[Regierung: Minderjährige Rekruten abgewiesen](#)



[Arbeitsamt stellt ein](#) 

[Erstmals wieder mehr Staatsbedienstete](#)

[Aussetzen der Wehrpflicht](#) 

[Unions-Politiker gegen Guttenberg-Pläne](#)

[The European](#) 

[Facebook erobert die Welt](#)

[Vorschlag aus der Union](#) 

[Dicke sollen höhere Kassenbeiträge zahlen](#)

["Belanglose" Konferenz](#)  

[Taliban prophezeien USA Misserfolg](#)

Politik Videos



[Kita-Ausbau](#) [Genügend Kindergartenplätze für Zweijährige ?](#)



[Bundeswehr](#) [Erste Details zum Umbau der Streitkraft](#)



[Sommertheater](#) **Politisches Berlin macht Urlaub**

Sie befinden sich in: [Nachrichten](#) » [Politik](#)

erstellt am: 22.07.2010

URL: www.rp-online.de/politik/deutschland/Spenden-sind-auch-Teil-der-Entwicklungshilfe_aid_884761.html

Interview mit Dirk Niebel

"Spenden sind auch Teil der Entwicklungshilfe"

INTERVIEW VON BIRGIT MARSCHALL - zuletzt aktualisiert: 22.07.2010 - 07:27

(RP) Im Interview mit unserer Redaktion spricht Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel über die Welt-Aids-Konferenz, die Entwicklungshilfe und die Hilfen für Afghanistan.

Zum Auftakt der Welt-Aids-Konferenz in dieser Woche werfen internationale Organisationen Ihnen vor, die Aidshilfe herunterfahren zu wollen. Wird Deutschland auch ab 2012 wieder 200 Millionen Euro für die Aidshilfe zur Verfügung stellen?

Niebel Wir werden in künftigen Jahren ganz schwierige Haushaltsverhandlungen haben. Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag vor, dass das Verhältnis von multilateraler und bilateraler Hilfe zugunsten Letzterer verändert wird. Das heißt, das Hauptaugenmerk wird auf der bilateralen Aidshilfe liegen.

Ähnlich sorgenvoll blicken Experten auf die Entwicklungshilfe insgesamt: Der Anteil der Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, die so genannte ODA-Quote, soll eigentlich bis 2015 auf 0,7 Prozent steigen, doch tatsächlich dürfte sie sinken.

Niebel Ich bin froh, dass mein Etat für 2011 nicht abgesenkt wurde. Die Regierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zum 0,7-Prozent-Ziel, es zu erreichen wird aber sportlich. Ich bin deshalb dafür, dass wir das, was der Staat an Einnahmen verliert, weil die Spenden der Bürger und Unternehmen steuerlich absetzbar sind, zur ODA-Quote dazurechnen. Allein für Haiti haben die Deutschen in den ersten Wochen 195 Millionen Euro gespendet. Wenn Sie einen durchschnittlichen Steuersatz von 35 Prozent zugrunde legen, kommen Sie auf eine zusätzliche Leistung von 60,7 Millionen, die nicht angerechnet sind.

Kritiker sagen, Sie wollten sich aus langfristigen Verpflichtungen herauschleichen. Wie reagieren Sie?

Niebel Es ist die Entwicklungsindustrie, die sich aufregt. Das sind die Alt-68er, die sich in dieser Industrie eingenistet haben und die immer noch meinen, eine Schüssel Hirse würde den Armen in der Welt nachhaltig helfen. Ich meine das nicht. Unsere Entwicklungspolitik ist nachhaltig.

Viele Hilfsorganisationen weigern sich, in Afghanistan mit der Bundeswehr zu kooperieren. Ärgert Sie das?

Niebel Nein, es ist ihr gutes Recht, das Konzept der Regierung für den Aufbau in Afghanistan nicht zu akzeptieren. Auf der anderen Seite ist es das gute Recht der Regierung, ihnen dann auch keine Gelder zu gewähren. In dem Moment, wo Steuergelder in Anspruch genommen werden, müssen sich die Organisationen an unsere Vorgaben halten.

Die Bundeswehr klagt über fehlende Ausrüstung in Afghanistan. Teilen Sie diese Einschätzung?

Niebel Bei meinen Besuchen bei den Soldaten in Afghanistan nehme ich regelmäßig Wünsche auf, welche Ausrüstungsgegenstände fehlen, welche Versorgungswege zu langwierig sind. Ich glaube, dass das wichtig ist. Die Lage kann nur besser werden als der Status quo.

© RP Online GmbH 1995 - 2010
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken

Artikel drucken

WELT  ONLINE

12:34 | KRITIK DER UN

Deutschland spart auf Kosten der Ärmsten der Welt

Die UN könnten mit dem Ziel, alle HIV-Infizierten mit Medizin zu versorgen, scheitern. Ein US-Ökonom macht Deutschland Vorwürfe.



von Elisalex Henckel

Jeffrey Sachs leitet das Millenniumsprojekt der Vereinten Nationen und das „Earth Institute“ an der Columbia Universität. An der Aids-Konferenz in Wien nimmt er nicht teil, WELT ONLINE führte das Interview am Telefon.

WELT ONLINE: Professor Sachs, hatten Sie Angst zur diesjährigen Aids-Konferenz zu kommen?

Jeffrey Sachs: Nein, nein, ich bin bloß in Afrika, um weiter an der Umsetzung der Millenniumsziele zu arbeiten, aber ich verfolge die Wiener Konferenz mit großem Interesse.

WELT ONLINE: Ich frage natürlich, weil zur Zeit gerade mal ein Drittel aller HIV-Infizierten die lebensrettenden Medikamente bekommen, die sie brauchen, obwohl das sechste dieser im Jahr 2000 von den Vereinten

Der US-Ökonom nimmt reiche Länder im Kampf gegen Aids in die Pflicht

FOTO: DPA

Nationen verabschiedeten Ziele den Betroffenen für das Jahr 2010 „universellen Zugang“ zur Behandlung gegen Aids verspricht.

BUCH-TIPP

ANZEIGE



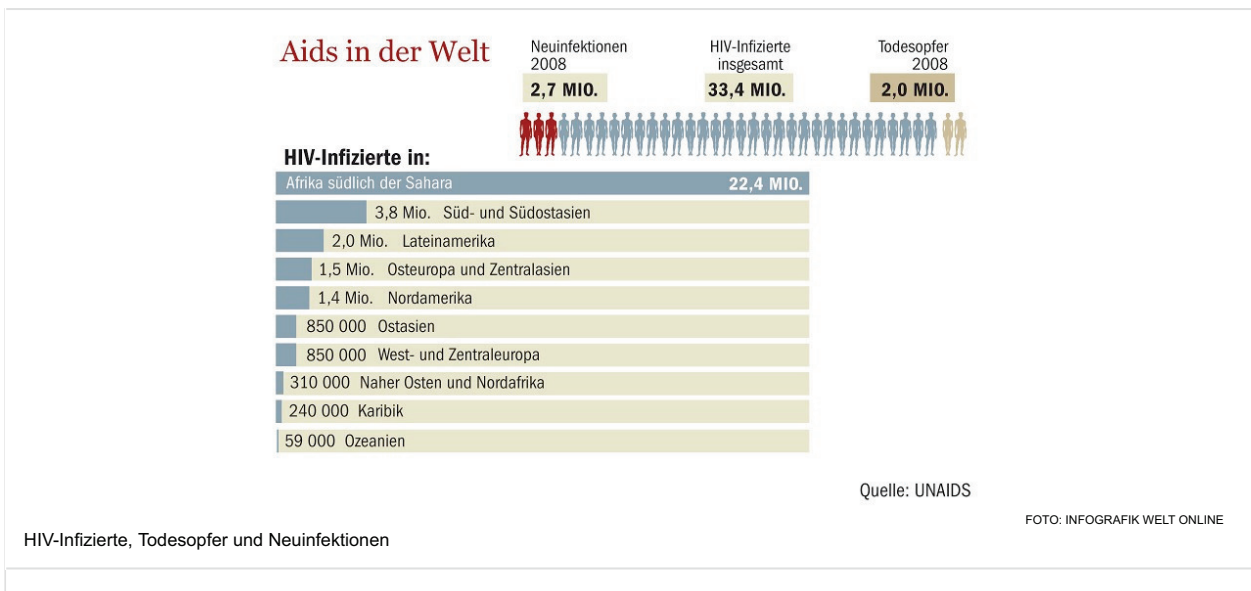
Versandkostenfrei bei
buecher.de: **Gabler**
Wirtschaftslexikon.

Sachs: Ich arbeite jeden Tag daran, dass genau das Wirklichkeit wird. Schon vor zehn Jahren habe ich auf der Konferenz von Durban einen globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria gefordert, als Erster. Den gibt es jetzt, und er ist ein Schlüsselinstrument geworden. Ich habe der Bush-Regierung als Erster empfohlen, Pepfar zu gründen (das milliardenschwere US-Aids-Programm, Anm.). Und ich habe jeden Tag die Verantwortunglosigkeit reicher Länder angeprangert, die ihre Verpflichtungen gegenüber den

Ärmsten der Armen nicht erfüllen.

WELT ONLINE: Woran sind Sie dann gescheitert?

Sachs: Es fehlt einfach das Geld. Wir sagen schon seit 2005: Wenn die reichen Länder nicht ihre sehr expliziten Zusagen an die armen Länder und speziell Afrika halten, werden wir keines der Millenniumsziele erreichen. Das ist also alles keine Überraschung, sondern ein altes Problem auf unserem Planeten. Wir geben lieber Billionen von Dollars für Kriege und Banken aus.



WELT ONLINE: Wieviel Schuld trifft Deutschland?

Sachs: Deutschland hat seine Versprechen nicht gehalten. Zur Zeit muss jeder sparen, aber ich bin sicher, dass die deutschen Wähler nicht wollen würde, dass dies auf Kosten der Ärmsten in der Welt geschieht.

WELT ONLINE: Welche Versprechen meinen Sie?

Sachs: Mehrere. Deutschland hat sich 2002 verpflichtet, die Entwicklungshilfe bis 2017 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu heben. 2005 haben die G8 versprochen, ihre Hilfe für Afrika bis 2020 zu verdoppeln – und den universellen Zugang zu Aids-Medikamenten. Der Globale Fonds wurde mit dem Anspruch gegründet, alle technisch, wissenschaftlich und ökonomisch sinnvollen Projekte zu fördern, aber das ist bereits nicht mehr möglich, weil die Geberländer nicht zu ihrer Zusage stehen.

WELT ONLINE: Haben Sie kein Verständnis für Sparzwänge in Krisenzeiten?

Sachs: Das Leben armer Menschen ist nicht verzichtbar. Im Hinblick auf den Globalen Fonds geht es um etwa drei zusätzliche Milliarden jährlich. In den Ländern, die sich dazu verpflichtet haben, leben etwa eine Milliarde Menschen. Das wären also drei Dollar pro Jahr von jedem von uns, damit Millionen lebensrettende Aids-Medikamente bekommen, im Wochenbett überleben oder gegen Tuberkulose behandelt werden. Vergleichen Sie mal, was die Nato in Afghanistan ausgibt: 150 Milliarden.

Meilensteine der Aidsforschung

1982: Die Immunschwächekrankheit wird erstmalig bei einem Patienten aus Frankfurt am Main diagnostiziert. Davor wurde 1959 in der Demokratischen Republik Kongo ein Fall bekannt, 1981 beschrieb die US-Gesundheitsbehörde Häufungen einer seltenen Form der Lungenentzündung bei vorwiegend homosexuellen Männern.

WELT ONLINE: Woher hätte das Geld kommen sollen?

Sachs: Die USA und andere hätten eine Finanztransaktionssteuer einführen können, um diese globalen Bedürfnisse zu finanzieren. Aber stattdessen haben sie mit ihren Banken-Rettungsaktionen dafür gesorgt, dass genau die Leute, die die Finanzkrise verursacht haben, jetzt wieder Milliarden an Boni nach Hause tragen. Sie haben sich bewusst dagegen entschieden, leidenden, sterbenden Menschen zu helfen und riskieren, dass wir den Kampf gegen Aids verlieren.

WELT ONLINE: Auf der Aids-Konferenz sorgen sich viele über Hinweise, dass Deutschland von 2012 an die Zahlungen an den Globalen Fonds einstellen könnte.

Sachs: Das schockiert mich so, dass ich es nicht glauben kann. Sollte Deutschland wirklich diesen Weg einschlagen, wäre es skrupellos. Von diesem Fonds hängen Millionen Menschenleben ab. Aber bis zur Geberkonferenz im Oktober ist ja noch Zeit, das Gegenteil zu beweisen.

WELT ONLINE: Der zuständige Minister Dirk Niebel ist skeptisch gegenüber internationalen Organisationen. Er will seine Entwicklungshilfe lieber über bilaterale Projekte steuern.

Sachs: Der multilaterale Globale Fonds zeigt, wie falsch diese Überlegung ist. Er ist der beste Weg, um zu gewährleisten, dass arme

Länder einen einheitlichen nationalen Plan entwerfen, der dann von einer Quelle finanziert wird. Alles andere wäre ein schwerer Fehler, weil es zu einem Wirrwarr von sich überschneidenden Transaktionen führen. Gelder zu poolen hat sich seit Jahren sehr bewährt.

WELT ONLINE: Seit wann halten sich die großen Geberländer nicht mehr an ihre Zusagen?

Sachs: Die EU-Länder, die USA, Kanada und Japan widersetzen sich seit Jahren, sie in konkrete Zahlungsvereinbarungen, in Spread Sheets, umzusetzen. Leitende Beamte in den Finanzministerien, auch im deutschen, haben mir schon 2007 gesagt: Professor Sachs, sie haben doch nicht wirklich geglaubt, dass wir das zahlen, oder? Durch die Finanzkrise haben sich die Spannungen nur erhöht. Der Graben zwischen Rhetorik und Realität ist jetzt unübersehbar geworden.

WELT ONLINE: Die Millenniumsziele – im Rückblick nur leere Versprechen?

Sachs: Nein, wir haben bedeutende Fortschritte gemacht, nicht zuletzt den Globalen Fonds. Deutschland hat dazu beigetragen und sollte stolz darauf sein. Aber unsere Regierungen denken, planen und finanzieren nicht systematisch genug, und das ist eine Gefahr.

WELT ONLINE: Was ist das größte Hindernis in der Umsetzung des Millenniumprojekts?

Sachs: Ich muss Sie daran erinnern, dass wir mit den anderen Zielen noch fünf Jahre Zeit haben.

WELT ONLINE: Sie sind also optimistischer, dass Sie bis 2015 extreme Armut auslöschen oder universelle Grundschulbildung erreichen können?

Sachs: Diese Ziele können alle erreicht werden, das einzige Hindernis sind wir. Wir müssen unsere eigenen Ziele nur ernst genug nehmen und sie professionell umsetzen. Die Ziele sind ein Leitfaden dafür, wie man eine anständigere Welt schaffen kann, wir können sie verfolgen oder vernachlässigen. Aber wenn wir sie vernachlässigen, gehen wir ein enormes Risiko ein.

Prominente Aidsopfer



FOTO: DPA

Rock Hudson war einer der Großen Hollywoods. Neben Liz Taylor wirkte er in "Giganten" und war ein Frauenheld seiner Zeit. Erst kurz vor seinem Tod bekannte er sich zu seiner Homosexualität.

WELT ONLINE: Gibt es eine große Industrienation, die ihre Verpflichtungen erfüllt hat?

Sachs: Ja, Großbritannien. Trotz massiver Einsparungen hat Premierminister Cameron sofort eines klar gemacht: Wir stehen zu unseren Zusagen. Wir werden unsere Bücher nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgleichen.

WELT ONLINE: Afrika ist von den Millenniumszielen besonders weit entfernt. Führt diese UN-Projekt nicht dazu, dass es wieder scheitert – und damit das Bild des verlorenen Kontinents zementiert wird, obwohl es an vielen Stellen vielleicht einzelne Erfolge zu vermehren gäbe?

Sachs: Afrikaner denken nicht allzu viel darüber nach, was andere Leute über sie denken. Sie haben große Fortschritte gemacht, mit ein wenig Hilfe könnten sie noch größer sein. Nehmen sie Nigeria, es bekommt pro Einwohner und Jahr gerade Mal vier Dollar von außen, aber seit der Demokratisierung hat es das Geld clever eingesetzt.

Gerade war ich zum Beispiel bei der Eröffnung einer Hebammenschule im Norden des Landes, sie wird die Leben von tausenden Müttern und Kindern retten. Aber ich habe auch gesehen, wie Menschen ohne Malaria- oder Aids-Medikamente sterben, weil reiche Staaten ihre Versprechen nicht halten. Und das will man nicht sehen. Da denkt man: Die Welt kann das besser.

Über dieses Thema auf dem Laufenden bleiben

[Infos](#) und [Login](#) zum Themen-Alarm per SMS und PDF

[Infos](#) und [Bestellen der Newsletter](#) von WELT ONLINE

[◀ zurück](#)

Mögliche Kürzungen bei Aids-Bekämpfung "Schwerer Wortbruch"

VON OLIVIA SCHOELLER

Berlin. Erstmals seit sie das Entwicklungshilfe-Ministerium verlassen hat, kritisiert die ehemalige Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) öffentlich die Politik ihres Nachfolgers Dirk Niebel (FDP). Im Zusammenhang mit Spekulationen um eine Kürzung des deutschen Beitrags zum Globalen Fonds gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose (GF), wirft Wieczorek-Zeul ihrem Nachfolger Niebel "schweren Wortbruch" vor.

Die Ex-Ministerin verweist dabei auf die Erklärung des G8-Gipfels von Heiligendamm aus dem Jahre 2007, bei dem die Bundesrepublik den Vorsitz innehatte. Damals hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Wirtschaftsmächte darauf verständigt, 60 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015 für den Kampf gegen den tödlichen Virus auszugeben. In Absprache mit der damaligen Ministerin Wieczorek-Zeul habe sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einer Zahlung von vier Milliarden Euro bis 2015 verpflichtet.

Doch heute hält sich die Bundesregierung mit Zusagen für künftige Beiträge bedeckt. Während der Aids-Konferenz in Wien waren Spekulationen laut geworden, das Entwicklungsministerium wolle keine Zusagen machen und plane seinen Beitrag für den Fonds von jährlich 200 Millionen Euro auf ein Drittel zu kürzen.

Hinter den Plänen Niebels sehen Fachleute den Wunsch nach einem Wandel in der Entwicklungspolitik: Der FDP-Minister hatte angekündigt, die multilaterale Entwicklungshilfe zugunsten von bilateralen Kooperationen zu reduzieren.

Der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Sascha Raabe, empfindet es als "schlimm", dass die Bundesregierung nicht bereit ist, eine "verlässliche international abgestimmte Aussage" zu machen. Kein Experte zweifle an der Effizienz des Fonds, Raabe nannte ihn eines der besten Instrumente im globalen Kampf gegen die Immunschwächekrankheit. Er bezeichnete Niebels Politik als "ideologisch", weil sie kranken Menschen die notwendige Hilfe durch multilaterale Organisationen verwehre, nur "um mehr deutsche Fahnen wehen zu sehen". Auch Niebels Vorgängerin Wieczorek-Zeul hält den bilateralen Schwerpunkt für falsch: "Die Bundesrepublik muss dann mit jedem Land einzeln Verträge abschließen. Das dauert. Bis dahin sterben täglich Hunderte Menschen, die durch den Globalen Fonds gerettet werden könnten."

Im Entwicklungsministerium hält man die Vorwürfe für Stimmungsmache. In Bezug auf die Zusagen für den Globalen Fonds verwies der Sprecher Sebastian Lesch auf die Auffüllungskonferenz, bei der die Beiträge der einzelnen Zahler im Herbst festgelegt werden. "Wir wollen weder der Konferenz noch dem deutschen Parlament vorgreifen", sagte er. Gleichzeitig versicherte er, dass die Kontakte zur Aids-Konferenz und dem Globalen Fonds weiterhin sehr eng seien.

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Like

345 people like this. Be the first of your friends.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 19.07.2010 um 17:44:07 Uhr

Letzte Änderung am 19.07.2010 um 19:58:00 Uhr

Erscheinungsdatum 20.07.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2864516&em_loc=1231

domradio - 26.07.2010 11:26:22

URL: <http://www.domradio.de/aktuell/65973/deutschland-spart-afrika-stirbt.html>



Aids: 15 Millionen Menschen mit HIV sollen Medikamente erhalten ©unaids

22.7.2010

„Deutschland spart, Afrika stirbt“

Aktivisten fordern mehr Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Aids

Auf der Welt-Aids-Konferenz drängen Aktivisten zu mehr Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit im Kampf gegen die tödliche Immunschwäche. Tausende protestierten am Mittwoch am deutschen Stand gegen Sparpläne der Bundesregierung und riefen "Deutschland spart, Afrika stirbt".

Kritik wurde auch an der zögernden Aids-Politik der osteuropäischen Staaten laut. „Wird Osteuropa und Zentralasien ein neues Afrika südlich der Sahara“, fragten Volodimir Zhovtyak (Ukraine), Sprecher eines Dachverbands von Aids-Gruppen, und andere Osteuropäer. In der Region hat sich die Zahl der HIV-Positiven seit 2001 auf 1,5 Millionen Menschen verdoppelt. Betroffen sind vor allem Prostituierte und Drogenkonsumenten sowie ihre Partner. Befürchtet wird auch, dass die USA ihre Aids-Mittel nicht wie zugesagt erhöhen.

Anlass der Protestaktion gegen Deutschland ist die Zurückhaltung der Bundesregierung beim Wiederauffüllen des Globalen Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria für 2011-2013, was im Oktober ansteht. Bisher erklärte das Entwicklungsministerium, 2011 werde Deutschland wieder 200 Millionen Euro zahlen, für danach sei noch nichts entschieden.

„Merkel lügt, Menschen sterben“

„Merkel lügt, Menschen sterben“, riefen die Demonstranten in Wien und legten sich zu einem symbolischen „Die-In“ auf den Boden. Hilfswerke befürchten, dass sich die schwarz-gelbe Koalition ganz aus dem Fonds zurückziehen will, der einer der größten Finanziere für Aidsprogramme weltweit ist. Derzeit werden insgesamt 5,2 Millionen Menschen mit HIV und Aids in Entwicklungsländern mit lebensverlängernden Medikamenten behandelt. Die Zahl soll auf 15 Millionen ausgeweitet werden.

„Die Finanzierung ist das große Thema der Aids-Konferenz“, sagte Astrid Berner-Rodoreda von „Brot für die Welt“ dem epd. Sie sprach von einer allgemeinen Gebermüdigkeit. Zugleich lobte sie, dass Aids-Aktivisten aus Südafrika und Nigeria auch ihre Regierungen an das nicht erfüllte Versprechen

erinnern, 15 Prozent des Budgets für Gesundheit auszugeben. Weltweit sind 33,4 Millionen Menschen HIV-infiziert, davon zwei Drittel in Afrika.

Patent-Pool für günstigere Medikamente

Um die Produktion kostengünstiger Medikamente für Entwicklungsländer zu beschleunigen und erleichtern, will die Initiative UNITAID Unternehmen für einen Patent-Pool gewinnen. Sie könnten über den Pool Nachbaurechte für patentierte Wirkstoffe oder Verfahren vergeben lassen, sagte Ellen t'Hoen von UNITAID. Oberstes Gebot sei Freiwilligkeit.

„Wir sprechen mit allen führenden Unternehmen.“ Auch mit der deutschen Firma Boehringer Ingelheim sei ein Gespräch geplant, sagte die Niederländerin dem epd. Bereits Interesse bekundet hätten unter anderem die US-Konzerne Gilead und Merck. Die Nachahmermedikamente, sogenannte Generika, gegen Aids werden heute vor allem in Indien, Brasilien und Kenia hergestellt und von dort in andere afrikanische Länder exportiert. Die Generika-Firmen müssen Gebühren für die Lizenzen bezahlen.

Medikamenten-Mix kostet bis zu 1.000 Dollar

„Lizenzen müssen von der Ausnahme zur Regel werden“, sagte t'Hoen. Auch dürften neue Wirkstoffe nicht durch Patente blockiert werden, sondern müssten zugänglich sein für die Entwicklung neuer Arzneimittel. Generika seien auch wichtig, weil die Aids-Medikamente der neueren Generation teurer seien und der Patentschutz verstärkt werde.

Der Patentschutz dauert in der Regel 20 Jahre. Der Patent-Pool soll in wenigen Wochen starten. Der heute empfohlene Medikamenten-Mix kostet laut UNITAID zwischen 150 und 1.000 Dollar. UNITAID wurde von europäischen und südamerikanischen Regierungen gegründet und hat seit 2006 rund 730 Millionen Dollar für Gesundheitsprojekte in 93 Ländern aufgebracht, davon zwei Drittel über eine Abgabe auf Flugtickets.

(epd)



 23.07.2010 18:54 Uhr | Von Kai Kupferschmidt

WELT-AIDS-GIPFEL

Gefeilsche um bitter benötigte Medikamente

Das Geld war das beherrschende Thema der Welt-Aids-Konferenz. Dabei kostet ein kleines Wunder rund 500 Euro im Jahr.

Billiger ist ein Wunder kaum zu haben. Wer schon einmal einen schwer an Aids erkrankten Menschen vor und nach Beginn einer Therapie gesehen hat, den lassen die Bilder so schnell nicht wieder los. Ausgezehnte Menschen, die sich zum Sterben in ein Krankenhausbett zurückgezogen haben, können nach wenigen Wochen wieder laufen, arbeiten, lachen. Den „Lazarus-Effekt“ nennen die Ärzte in Entwicklungsländern. Das kleine Wunder kostet heute etwa 500 Dollar im Jahr.

Aber bei Millionen HIV-Infizierten weltweit summiert sich das schnell. Und so war Geld das beherrschende Thema der Welt-Aids-Konferenz, die gestern in Wien zu Ende gegangen ist. Deutschland hat dort keine gute Figur gemacht. Weil sich die Zeichen mehren, dass die Bundesregierung ihren Beitrag zum globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose von zuletzt 200 Millionen Euro im Jahr drastisch kürzen will. Man äußere sich nicht dazu, heißt es aus dem Entwicklungshilfeministerium. Dementieren will man es auch nicht.

Im Grunde geht es um Schulden. Wie bekommt Deutschland seinen Schuldenberg in den Griff? Das steht auf der einen Seite. Und auf der anderen: Was schulden wir Menschen, die nicht das Glück haben, in einem Land der ersten Welt geboren zu werden?

Der Fonds wurde 2001 auch als Versprechen an die Entwicklungsländer gegründet. Wer Aids-Medikamente benötigt, der soll sie auch bekommen. Das ist das erklärte Ziel von G 8 und UN. Der Fonds ist dafür ein Finanzierungsinstrument, von Regierungen und privaten Spendern mit Milliarden ausgestattet. Bezahlt wird, was Erfolg hat. Inzwischen versorgt er 2,8 Millionen Menschen mit den bitter benötigten Medikamenten.

Die Pillen verlängern nicht nur das Leben. Sie senken auch die Zahl der Viren im Körper so weit, dass Menschen, die auf die Medikamente gut ansprechen, nicht mehr infektiös sind. Immer mehr Wissenschaftler fordern deshalb, die Medikamente so früh wie möglich zu geben, um die Ausbreitung von HIV zu stoppen.

Dabei geht es nicht nur um Mitgefühl. Mag sein, dass wir unsere Sicherheit heute am

Hindukusch verteidigen. Unsere Gesundheit müssen wir uns in jedem Fall global erstreiten. Krankheitserreger kennen keine Grenzen. Die Pocken sind heute nur deshalb besiegt, weil sie auf der ganzen Welt bekämpft wurden. Und was sich in Osteuropa zusammenbraut, mit rasant steigenden HIV-Infektionsraten könnte sich zu einem perfekten Sturm entwickeln. Denn wer Aids hat, der hat auch ein hohes Risiko, an Tuberkulose zu erkranken – und immer häufiger an extrem resistenten Formen, bei denen es kaum eine Chance auf Heilung gibt.

Natürlich gibt es zahlreiche andere Baustellen: Die Stigmatisierung HIV-positiver Menschen muss bekämpft werden. Es muss mehr Geld in die Erforschung neuer Medikamente investiert werden. Frauenrechte müssen gestärkt werden. Aber wer hier und jetzt helfen will, der muss dafür sorgen, dass schwerkranke Menschen behandelt werden.

Im Oktober wird in New York entschieden, wer dem Fonds in den nächsten Jahren wie viel Geld zur Verfügung stellt. Würde Deutschland als drittgrößter Geldgeber seinen Beitrag kürzen, wäre das ein fatales Signal. Es ist gut, dass wir in Deutschland über Schulden diskutieren und darüber, was wir uns noch leisten können. Eines aber können wir uns mit Sicherheit nicht leisten: den Kampf gegen Aids zu schwächen. Sonst laden wir eine ganz andere Schuld auf uns.



Abschluss der AIDS-Konferenz in Wien

"Wir brauchen den Willen der Regierungen"

Sechs Tage lang haben 20.000 Menschen in Wien über den Kampf gegen AIDS beraten. Zentrale Forderung: Die Staaten müssen mehr Geld ausgeben - und es besser verteilen. Konkrete Zusagen gab es zwar nicht, dafür den einen oder anderen medizinischen Hoffnungsschimmer.

Von Oliver Neuroth, SWR, zzt. in Wien

Es war auf jeden Fall eine bunte Konferenz. Wo sonst laufen Prominente wie Microsoft-Gründer Bill Gates über denselben Flur wie ein Indianer mit Federschmuck oder ein Afrikaner in traditioneller Kleidung? Und es war eine laute Konferenz. Täglich protestierten [Hilfsorganisationen \(/ausland/aids200.html\)](/ausland/aids200.html): Für mehr Rechte von HIV-Infizierten, für weniger Ausbeutung von Sex-Arbeitern und dafür, dass die Staaten der Erde mehr Geld für Aidsmedikamente ausgeben.



Demonstration während der AIDS-Konferenz in Wien

"Wir können AIDS besiegen", sagt die Aktivistin Jennifer Flynn. "Das ist kein schöner Traum - das ist die Realität. Wir brauchen nur den Willen der Regierungen. Im Moment führen die einen Krieg gegen uns Betroffene." Die meisten Mediziner und prominenten Redner auf der Konferenz stimmten den Protestlern zu. Ex-US-Präsident Bill Clinton sagte, dass die Welt AIDS nicht besiegen könne, ohne mehr Geld auszugeben. Außerdem müssten die bisherigen Mittel anders verteilt werden.

Bundesregierung in der Kritik

Auch die deutsche Bundesregierung geriet während der Welt-AIDS-Konferenz in die Kritik. Mehrere Organisationen behaupten, das Entwicklungshilfeministerium wolle den Anteil Deutschlands am Global Fund in den kommenden Jahren um ein Drittel kürzen. Der Fonds ist der wichtigste Geldtopf für Projekte gegen AIDS. Oliver Moldenhauer von "Ärzte ohne Grenzen" will eine Kürzung nicht hinnehmen. "Das ist etwas, wo Deutschland auch sehr alleine dasteht. So radikal zu kürzen an dieser Stelle. Wir lehnen das massiv ab. Und wir werden Druck machen, dass diese Entscheidung zurückgenommen wird."

Mindestens so scharf ist die Kritik an der österreichischen Regierung. Sie zahlte bisher nur einmal in den Global Fund ein - und zwar vor acht Jahren. Die schottische Sängerin Annie Lennox, die gleichzeitig Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen ist, fordert ein Umdenken. "Ich denke, es wäre sehr wichtig, wenn die österreichische Regierung - nachdem sie diese AIDS-Konferenz so großartig ausgerichtet hat - weiter in den Fonds einzahlen würde."

Vaginal-Gel macht Hoffnung

Natürlich stand die Welt-AIDS-Konferenz auch im Zeichen der Medizin. Mitte der Woche stellten südafrikanische Forscher [ein Vaginal-Gel vor \(/ausland/aids196.html\)](/ausland/aids196.html), das das Risiko einer HIV-Infektion bei Frauen um bis 39 Prozent senken soll. Viele Experten sprechen von einer Sensation. Die Mitentdeckerin des AIDS-Virus, die Medizin-Nobelpreisträgerin Françoise Barré-Sinoussi, [bleibt jedoch skeptisch \(/ausland/aidsinterview100.html\)](/ausland/aidsinterview100.html): "Es ist eine kleine Studie mit einem Präparat von mittlerer Wirkung. Sicher wird es andere Studien geben. Man wird versuchen, die Wirkung noch zu verbessern. Schließlich wird niemand dieses Gel als einziges Mittel zur Vorsorge nehmen, das ist klar. Aber es ist ein erster Schritt."



Bestandsaufnahme statt konkreter Hilfszusagen

Die Bilanz nach sechs Tagen AIDS-Konferenz fällt so aus, wie es die meisten Beobachter erwartet hatten: Zusätzliche finanzielle Zusagen für den Kampf gegen AIDS gab es keine. Die Konferenz war eher eine Bestandsaufnahme, wie es in der Forschung und in der Vorsorge aussieht.

Aber für die Betroffenen bleibt ein Mehrwert, sagt der AIDS-Mediziner und Theologe Christoph Benn: "Diese Konferenz bringt natürlich immer eine Aufmerksamkeit, sie findet immer nur alle zwei Jahre statt. Das ist ein Moment, wo sich die Welt auch immer für dieses Thema interessiert. Und man kann wirklich auch immer feststellen, wie viel auf diesen Konferenzen natürlich erreicht wurde. Denn man kann das in diesen Zwei-Jahres-Abständen messen, wie viel besser der Zugang geworden ist zur Behandlung und natürlich auch zur Prävention."

- [Suche nach dem Impfstoff bleibt schwierig \(22.07.2010\) \(/ausland/aidsinterview100.html\)](/ausland/aidsinterview100.html)
- [Demonstration für die Rechte von AIDS-Kranken \(21.07.2010\) \(/ausland/aids200.html\)](/ausland/aids200.html)
- ["Chemisches Kondom" kann vor HIV-Infektionen schützen \(20.07.2010\) \(/ausland/aids196.html\)](/ausland/aids196.html)
- [Ergebnisse der Aids-Konferenz in Wien \[Susanne Glass, ARD Wien\] \(/multimedia/video/video743656.html\)](/multimedia/video/video743656.html)
- [Teilnehmer sprechen von historischer Konferenz \[O. Neuroth, SWR Wien\] \(/multimedia/audio/audio56056.html\)](/multimedia/audio/audio56056.html)
- [Weltatlas: Österreich \(http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich\)](http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich) [Flash (<http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich>) | HTML (http://atlas.tagesschau.de/html/index.php?display_id=528000)]

Stand: 23.07.2010 12:56 Uhr

meta.tagesschau.de

- [2 Kommentare zur Meldung \(http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen\)](http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen)
Neuester Kommentar von 'Peace' am 23.07.2010 19:32 Uhr:
HIV-Neuinfektionen
[Im geordneten Europa und ähnlich stabilen Staaten mag mensch selbst dafür Sorge tragen können, sich nicht anzustecken, ja. Doch was ist mit Bürgerkriegsregionen? Wo vergewaltigende Soldaten rummarodieren, kann sich niemand vor dem Virus schützen. Wo kein...](http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen#comment-121953) (<http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen#comment-121953>)
- [Bisher keine Bewertung der Meldung \(http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen\)](http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen)

- [Schlagwörter der Meldung: \(http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen\)](http://meta.tagesschau.de/id/38714/wir-brauchen-den-willen-der-regierungen)
 - [Wien \(http://meta.tagesschau.de/tag/wien\)](http://meta.tagesschau.de/tag/wien)
 - [HIV \(http://meta.tagesschau.de/tag/hiv\)](http://meta.tagesschau.de/tag/hiv)
 - [AIDS-Konferenz \(http://meta.tagesschau.de/tag/aids-konferenz\)](http://meta.tagesschau.de/tag/aids-konferenz)
 - [Aids \(http://meta.tagesschau.de/tag/aids\)](http://meta.tagesschau.de/tag/aids)
-

Nachrichten-Weltatlas



Österreich (<http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich>)

Landkarte, weitere Nachrichten aus der Region und viele Hintergrundinformationen.

[[Flash \(http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich\)](http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=oesterreich) | [HTML \(http://atlas.tagesschau.de/html/index.php?display_id=528000\)](http://atlas.tagesschau.de/html/index.php?display_id=528000)]

Video

- [Teilnehmer der Welt-AIDS-Konferenz fordern günstigere Medikamente \(/multimedia/video/video743656.html\)](/multimedia/video/video743656.html)

Susanne Glass, ARD Wien [[tagesschau 20:00 Uhr 23.07.2010 \(/multimedia/video/video743656.html\)](/multimedia/video/video743656.html)]

Audio

- [Hilfsorganisationen sprechen von einer historischen Konferenz \[Oliver Neuroth, SWR\] 23.07.2010 17:14 | 3'10 \(/multimedia/audio/audio56056.html\)](/multimedia/audio/audio56056.html)

Aus dem Archiv

- [Suche nach dem Aids-Impfstoff bleibt schwierig \(22.07.2010\) \(/ausland/aidsinterview100.html\)](/ausland/aidsinterview100.html)
- [Die Aids-Aufklärung in Kenia ist schwierig aber wirksam \(22.07.2010\) \[video\] \(/ausland/aids206.html\)](/ausland/aids206.html)
- [Wien: Demonstration für die Rechte von Aids-Kranken \(21.07.2010\) \(/ausland/aids200.html\)](/ausland/aids200.html)
- ["Chemisches Kondom" kann vor HIV-Infektionen schützen \(20.07.2010\) \(/ausland/aids196.html\)](/ausland/aids196.html)

Mehr Ausland

- [75.000 US-Geheimakten zum Afghanistankrieg im Netz \(/ausland/wikileaks106.html\)](/ausland/wikileaks106.html)
- [Kambodscha: 35 Jahre Haft für Rote-Khmer-Folterchef \(/ausland/rotekhmer108.html\)](/ausland/rotekhmer108.html)
- [BP-Chef Hayward offenbar vor Ablösung \(/wirtschaft/oelpest504.html\)](/wirtschaft/oelpest504.html)
- [Concorde-Absturz: "Auf einen Schlag vom Himmel gefallen" \(/ausland/concorde118.html\)](/ausland/concorde118.html)
- [Südkorea und USA beginnen Seemanöver \(/ausland/korea180.html\)](/ausland/korea180.html)

© tagesschau.de

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.

MDR INFO | Exklusiv**AIDS-Hilfe: Bundesregierung darf Gelder nicht kürzen**

Zur 18. Welt-AIDS-Konferenz trafen sich in Wien rund 17.000 Wissenschaftler, Ärzte, Vertreter internationaler Organisationen und Politiker aus 193 Ländern. Sie tauschten sich über die wichtigsten gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Therapieergebnisse aus. Neben positiven Ergebnissen bleibt die Sorge, dass sich Industrieländer aus der Finanzierung zurückziehen.

Die Deutsche AIDS-Hilfe hat die Bundesregierung davor gewarnt, ihre Zahlungen in den globalen Aids-Fonds zu kürzen. Geschäftsführerin Silke Klumb sagte vor Abschluss der Welt-Aids-Konferenz in Wien bei MDR INFO, das wäre ein falsches Signal: "Die Regierungen müssen Verantwortung übernehmen gegen HIV und Aids und gegen die gesellschaftliche Diskriminierung der Betroffenen." Es werde dringend mehr Geld und Engagement für den Kampf gegen Aids gebraucht, und da seien vor allem die großen Industrieländer gefragt. Die Deutsche Aids-Hilfe werde sich jetzt mit Partnern und Organisationen beraten, erklärte Klumb: "Wir werden Frau Merkel daran erinnern, dass sie sich maßgeblich dafür einsetzte, dass der globale Fonds wieder aufgefüllt wird."

Osteuropäische Regierungen scheuen Verantwortung

Von der Welt-Aids-Konferenz erwartet Klumb vor allem ein starkes Signal in Richtung Osteuropa. Die Lage in der Ukraine, Russland und auch in den zentralasiatischen Ländern sei katastrophal, die Infektionszahlen steigen. Das liege vor allem daran, dass Menschen von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Sie hätten keinen Zugang zu den Versorgungssystemen und würden für ihr Leben kriminalisiert. "Da haben wir natürlich eine sehr schlechte Ausgangsposition, um Menschen zu erreichen und zu überzeugen, dass sie sich vor HIV und Hepatitis C schützen müssen", sagte Klumb. Zugleich nannte sie es bedauerlich, dass keine osteuropäischen Regierungsvertreter bei der Konferenz waren. Das zeige, dass die Regierungen dort die Verantwortung scheuten.



Audio: [Ein Fazit von der Welt-Aidskonferenz in Wien](#)

Wenigstens der Hälfte helfen

UNAIDS ist nach Klumbs Worten vom Ziel abgerückt, bis 2010 allen Infizierten Zugang zu Medikamenten zu ermöglichen: "Es gibt jetzt eine Initiative, die Therapien zu vereinfachen, bessere Therapien anzubieten und die Tests auszuweiten. Aber wenn man mehr Tests anbietet, muss man auch mehr Medikamente bereitstellen." Zwar würden immer mehr Menschen medizinisch versorgt, aber oft nicht mit den besten und neuesten Arzneien. Wenn sich dann Resistenzen bildeten, seien andere Medikamente häufig nicht verfügbar.

Die Deutsche Aids-Hilfe hofft Klumb zufolge, dass in den

HAMBURG

FÜNF FRAGEN, FÜNF ANTWORTEN: OLIVER MOLDENHAUER

€ **Wer Aids hat, kann lange leben**

24. Juli 2010, 06:30 Uhr

Oliver Moldenhauer, Aids-Experte der "Ärzte ohne Grenzen" und Teilnehmer der Konferenz in Wien.

Hamburger Abendblatt:

1. 20 000 Wissenschaftler, Politiker und Aktivisten haben eine Woche lang in Wien über den Kampf gegen Aids debattiert. Was bringen diese riesigen Konferenzen?

Oliver Moldenhauer:

Sie schaffen Aufmerksamkeit für das Problem HIV/Aids. Vor dem Treffen in Wien war die Debatte um das Thema sehr still geworden. Das konnten die Aktivisten ändern und ihre Forderungen an die Politik lautstark vorbringen. Natürlich wurde auch viel Geld für die Tagung ausgegeben. Ein bisschen mehr Bescheidenheit hätte ich mir gewünscht.

2. Der Ökonom und Chef des Milleniumprojekts der Vereinten Nationen, Jeffrey Sachs, wirft der deutschen Regierung vor, sie spare auf Kosten der Ärmsten. Stimmt das?

Wenn bestimmte Ideen aus dem Entwicklungsministerium Realität werden, trifft das definitiv zu. Mit dem Geld, das offenbar eingespart werden soll, könnten eine Million Menschen mit HIV/Aids ein Jahr lang behandelt werden. Es wäre fatal, hier die Axt anzusetzen. Denn noch nie waren die Medikamente so effektiv wie heute - nur ausreichend Geld fehlt noch. Wer jetzt spart, handelt völlig unverantwortlich.

3. Wer ist Schuld, dass zehn Millionen HIV-Infizierte nicht die nötigen Medikamente bekommen?

Drei Akteure sind schuld daran: Erstens sind die Gelder der Industriestaaten zu gering, um in Afrika flächendeckend Medikamente gegen Aids bereitzustellen. Zweitens ist der Wille vieler Staaten in Afrika, Osteuropa oder Zentralasien zur Bekämpfung der Krankheit nicht groß genug. Oft wird Aids noch immer tabuisiert. Und drittens versucht die Pharmaindustrie ihre patentbasierten Monopole auf Therapien aufrechtzuerhalten und hält so die Preise hoch.

4. In Osteuropa haben sich die Infektionen mit HIV seit 2001 verdoppelt. Verschläft Osteuropa den Kampf gegen die Pandemie?

Die Gefahr ist da. Gerade in Osteuropa ist die Infektionsrate am höchsten bei den Menschen, die sowieso stark gesellschaftlich stigmatisiert sind. Drogenabhängige oder Prostituierte etwa. Das hemmt den Kampf gegen Aids. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Diese Gruppen werden politisch nicht wichtig genommen. Und ihre Kriminalisierung erschwert Aufklärung und Behandlung.

5. Stellen Sie sich vor, wir sind kurz vor der Welt-Aids-Konferenz des Jahres 2050. Wo steht die Gesellschaft im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit?

2050 haben wir keine neu infizierten Kinder mehr. Den Kampf werden wir weltweit gewinnen, so wie jetzt schon in Deutschland. Zudem werden die Betroffenen in 40 Jahren über 50 Jahre alt sein. Wer Aids hat, wird bei entsprechender Behandlung trotzdem lange leben. Die Fragen stellte Christian Unger

Montag, 26.07.2010

Handelsblatt

» Artikel drucken
» PDF generieren

DIRK NIEBEL

26.07.2010 05:59 Uhr

„Entwicklungspolitik darf auch interessengeleitet sein“

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) will die Wirtschaft stärker in die Entwicklungspolitik einbinden. Im Interview spricht er darüber, wie er das aussehen soll und warum es so schwer ist, bei der Entwicklungsarbeit in den Ländern Fortschritte zu erzielen.

von Donata Riedel



Dirk Niebel während seiner Ägyptenreise bei den Pyramiden von Gizeh.
Quelle: dpa

Herr Minister, wie oft werden Sie noch darauf angesprochen, dass Sie Ihr Ministerium vor Ihrem Amtsantritt abschaffen wollten?

Dirk Niebel: Immer seltener. Natürlich trage ich als früherer Generalsekretär die Gesamtverantwortung für das FDP-Wahlprogramm. Sie werden von mir aber kein einziges Zitat finden, dass ich mich selbst jemals für die Abschaffung des Ministeriums eingesetzt hätte. Die Forderung hatte Gründe: Es konnte sein, dass in einem Land an einem Tag der Außenminister war und später die Entwicklungsministerin, und dass sie das Gegenteil voneinander sagten. Das passiert jetzt nicht mehr.

Ziel der Entwicklungshilfe ist es ja eigentlich schon, sich überflüssig zu machen...

Genau. Das Ziel unserer Arbeit ist, dass unsere Partner uns nicht mehr brauchen und ich den Staffeln weitergeben kann, zum Beispiel an das Wirtschaftsministerium für klassische Außenwirtschaftsförderung.

Woran scheitert es, dass es in kaum einem Land dazu gekommen ist?

Das stimmt so nicht. Nehmen Sie Südkorea. Es ist über viele Jahre Entwicklungspartner gewesen und strebt jetzt an, Geber auf OECD-Niveau zu werden. Das ist der Idealfall. Fakt ist leider auch, dass es in vielen Ländern schwierig ist, Fortschritte zu erzielen. Das liegt daran, dass die jeweiligen politischen Eliten nicht bereit oder in der Lage sind, Verantwortung für ihr Land zu übernehmen.

Taugt Südkorea als Blaupause für andere Länder?

Kein Land taugt als Blaupause für ein anderes. Aber Erfahrungen können Beispiele liefern für andere Länder, wohin man sich entwickeln kann. Das zeigt aktuell auch die Vereinbarung der Bundesregierung mit China: Sie beendet die klassische Entwicklungsarbeit und öffnet gleichzeitig die Tür für gemeinsame deutsch-chinesische Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit.

Bedeutet dies, dass die teilweise für die deutsche Wirtschaft nützlichen Projekte nicht fortgeführt werden? Das chinesische Zivilrecht zum Beispiel wurde ja großenteils nach deutschem Vorbild geformt.

Die Projekte, die es gibt, werden weitergeführt und planmäßig beendet. Das wird teilweise noch einige Jahre dauern, denn wir hinterlassen keine Entwicklungsruinen. Den Rechtsstaatsdialog, den Sie erwähnen, werden wir übrigens auf jeden Fall fortführen. Darüber hinaus gibt es Projekte, welche die chinesische Seite sich wünscht. Die werden wir gerne anbieten, die Kosten muss China dann selbst tragen. In meinem Etat gibt es jetzt keine Länderquote mehr für China. Geblieben ist der Posten Klimaschutz Südostasien. Darunter fällt natürlich auch China.

Welchen Vorteil hat China, wenn es mit uns in der Entwicklungshilfe kooperiert?

China hat ein Interesse als Welthandelsmacht, sich mit Partnern zu verständigen.

Aber China tritt doch bisher vor allem in Afrika als Konkurrent auf: Es bietet neue Straßen im Tausch für Rohstoffe. Das ist doch gegen das Interesse einer Industrienation wie Deutschland.

Ich glaube, dass wir durch die neue Kooperation eine Chance haben, mit China zusammenzuarbeiten. Allerdings: Deutschland braucht eine Rohstoffstrategie. Die wird im Wirtschaftsministerium entwickelt. Wir arbeiten bereits an einem genetischen Fingerabdruck für Rohstoffe, so dass sie einem Bauteil im Handy künftig ansehen können, woher der Rohstoff kommt und ob er legal gewonnen wurde. Deshalb haben immer mehr Länder ein Interesse daran, dass wir ihnen bei der Gesetzgebung für den Abbau ihrer Rohstoffe helfen.

Wenn einem Diktator aber nun die Kooperation mit China lieber ist als mit uns?

Wir haben bestimmte Standards, weil unsere Entwicklungspolitik wertorientiert ist. Von diesen Standards weichen wir nicht ab. Entwicklungspolitik darf aber auch interessengeleitet sein, solange die Werte im Vordergrund stehen.



Dient die Entwicklungszusammenarbeit dazu, unsere soziale Marktwirtschaft zu exportieren?

Die soziale Marktwirtschaft geht über reine Werte hinaus. In den Partnerländern beginnen wir meist bei den Basics, also bei der Anerkennung der allgemeinen Menschenrechte.

Und deren Durchsetzung kriegen wir dann auch hin?

Niebel kann
Entwicklungshilfen auch als
Druckmittel verwenden.
Quelle: apn

Nehmen Sie Uganda. Da hat es einen Gesetzentwurf gegeben, der Homosexualität unter Todesstrafe stellen wollte. Wir sind in einen Dialog eingetreten mit dem Ergebnis, dass dieser Entwurf nicht Gesetz werden wird.

Wir haben Bedingungen für unsere Budgethilfe formuliert und überprüfen die Einhaltung alle sechs Monate, bevor die nächste Tranche gezahlt wird. Man muss aber auch sehen, dass die ugandische Regierung im Kampf gegen Genitalverstümmelung außerordentliches leistet. Wir müssen also aufpassen, ob wir nicht mehr Schaden anrichten, wenn wir aussteigen, als wenn wir im Gespräch bleiben.

Sie haben angekündigt, die private Wirtschaft in die Entwicklungspolitik stärker einzubeziehen. Wie setzen Sie das um?

Die Beteiligung von mittelständischen Unternehmen an unseren Projekten ist Bestandteil des Koalitionsvertrags. Die Mittel für solche "Public Private Partnerships" habe ich gerade von 48 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro erhöht. Ich war gerade in Ägypten, auch mit Werner Schnappauf vom BDI. Wir haben ein deutsches Joint-Venture besucht, das Türme für Windräder für Ägypten produziert und auch in die Region exportieren will.

Was ist daran Entwicklungshilfe?

Ich hoffe, dass wir mit solchen Partnerschaften Armut bekämpfen können. Oft ist ja das Problem in diesen Ländern, dass es keine Arbeit gibt, mit der Menschen ein Einkommen erzielen könnten. Wenn dabei dann noch ein Rückfluss von privatem Geld nach Deutschland herauskommt, erreiche ich eine Win-Win-Situation, die den Steuerzahler entlastet.

Wie wird ihr Vorstoß in der Wirtschaft aufgenommen?

Sehr positiv. Wir werden jetzt "Entwicklungsscouts" in die Wirtschaftsverbände entsenden, um zu erkunden, welche Erfolg versprechenden Möglichkeiten der Kooperation es gibt. Wir wollen auch, dass Mitarbeiter der Verbände zu uns ins Haus kommen und sehen, wie unsere Verfahren funktionieren. Die Dokumentationspflichten sind manchmal für Außenstehende abschreckend. Sie dienen aber dazu, dass wir den Einsatz von Steuermitteln kontrollieren können. Mein Ansatz sind dabei immer Projekte, die dem Partnerland nutzen.

Wie wollen Sie mehr Effizienz in den bundeseigenen Organisationen der Entwicklungshilfe erreichen?

Unser Vorfeld soll effizienter arbeiten. Deshalb fusionieren wir GTZ, InWEnt und den Deutschen Entwicklungsdienst zur neuen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Die Sparte Bildung wollen wir dabei insgesamt stärken, weil Bildung wesentlich ist für jede Entwicklung: Was die Menschen einmal im Kopf haben, kann ihnen keiner nehmen.

Wer wird Chef?

Das werde ich nicht in einem Interview diskutieren.

Wie gehen Sie damit um, dass zunehmend mehr sehr reiche private Initiativen der staatlichen Entwicklungshilfe Konkurrenz machen, wie die Gates-Stiftung?

Das ist keine Konkurrenz. Jeder Private, der Geld gibt, ist uns herzlich willkommen, und natürlich arbeiten wir gerne mit der Gates-Stiftung zusammen. Jetzt in Ägypten hat die Gates-Stiftung eines unserer Projekte zusätzlich mit zweieinhalb Mio Dollar gefördert. Und wir richten die fusionierte Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit so aus, dass solche Kooperationen leichter möglich sind als in der Vergangenheit.

Die UN kritisieren gerade, dass Deutschland aus dem Global Fund zur Bekämpfung von Aids,

Malaria und Tuberkulose aussteigt.

Moment: Es stimmt, dass im Finanzplan für 2012 keine Mittel dafür enthalten sind. Das ist leicht zu erklären: Der Global Fund beginnt im Oktober seine neue Auffüllungsrunde, und Auffüllungsrunden, die nicht einmal begonnen haben, sind schlicht noch nicht reif für den Etat. In den Haushalt 2011 sind die Mittel ja mit 200 Mio. Euro eingestellt. Ich sage aber ausdrücklich, dass man auch auf anderen Wegen Aids bekämpfen kann, und wir tun dies mit vielen Millionen Euro jährlich.

Muss man immer mehr Geld für Entwicklungshilfe bereitstellen?

Wenn man sich international auf bestimmte Ziele verpflichtet hat, muss man das auch einhalten. Im Übrigen ist mein Etat der zweitgrößte Investitionsetat des Haushalts. Von den 6,1 Mrd. Euro sind 4,8 Mrd. Investitionen. Jeder bilateral umgesetzte Euro fließt nach Expertenschätzungen mit 1,80 Euro zurück in die deutsche Exportwirtschaft. Es ist also auch ein großes Eigeninteresse, das in der Entwicklungszusammenarbeit mitspielt.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.

Pressemittelungen zu Kürzungen Globaler Fonds

Pressemitteilung

Will Niebel wirksame oder ideologische Entwicklungspolitik?

Zurückhaltung Deutschlands beim Globalen Fonds kritisiert

Berlin, 19. Juli. Unter dem Motto "Rights here, right now" begann gestern in Wien die internationale Aids-Konferenz mit rund 25.000 Teilnehmern. Bis 2010 wollte die internationale Gemeinschaft weltweit HIV-Prävention, -Pfleger und -Behandlung sicherstellen. Das Ziel wird verfehlt. Ob sich das künftig ändert, entscheidet sich auch am Verhalten der Bundesregierung. Die hüllt sich in Schweigen.

Als eines der effektivsten Instrumente im weltweiten Kampf gegen HIV/Aids gilt der Globale Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria. Der Fonds dient der Finanzierung nationaler Antworten auf die drei Krankheiten einschließlich der Stärkung von Gesundheitssystemen.

Aktuellen Berechnungen zufolge retten Programme des Globalen Fonds täglich weltweit mindestens 3.600 Menschenleben und verhindern Tausende Infektionen.

Der Fonds habe „Hervorragendes geleistet“ lobte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sogar das „FDP-Sparbuch“ verlangte mehr Ausgaben für den innovativen Mechanismus.

Die Bundesregierung lässt dennoch bislang nicht erkennen, wie eine weitere Beteiligung an der Finanzierung aussehen soll. Die entwicklungspolitische Organisation ONE befürchtet sogar deutliche Kürzungen, obwohl der Globale Fonds einen Modellfall der von Minister Niebel eigentlich favorisierten Zusammenarbeit aus Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft darstellt.

„Schwarz-Gelb hat sich vorgenommen, multilaterale – also von mehreren Ländern finanzierte – Programme zu begrenzen. Das darf nicht auf Kosten der wirksamsten Programme gehen“, warnt Tobias Kahler, Direktor von ONE in Deutschland.

„Dirk Niebel hat immer betont, die Wirksamkeit deutscher Entwicklungsarbeit verbessern zu wollen. Jetzt entscheidet sich, ob das ernst gemeint war oder ob die Wirksamkeit einer Ideologie der Renationalisierung deutscher Entwicklungspolitik geopfert wird“, so Kahler.

ONE

ONE ist eine internationale Lobby- und Kampagnenorganisation, die sich gegenüber Regierungen mit der Unterstützung von weltweit über zwei Millionen Menschen im Kampf gegen extreme Armut und vermeidbare Krankheiten – insbesondere in Afrika – einsetzt. Mehr Informationen unter www.one.org.

Pressekontakt

ONE

Sergius Seebohm, Leiter Kommunikation

Reinhardtstraße 47

10117 Berlin

Telefon: 030-319 891 570

www.one.org

Ärzte ohne Grenzen – Bericht zur Weltaidskonferenz

Welt-Aids-Konferenz

Bundesregierung muss Klarheit über Finanzierung des Globalen Fonds schaffen

Die Bundesregierung muss umgehend Stellung zu Informationen über drastische Kürzungen des deutschen Beitrags zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria nehmen. Auf der Welt-Aids-Konferenz in Wien kursieren Informationen, Entwicklungsminister Dirk Niebel wolle die Mittel für die kommenden drei Jahre von 600 Millionen auf 200 Millionen Euro kürzen.

"Das wäre eine Katastrophe für Kranke in den ärmeren Ländern", sagt Oliver Moldenhauer von Ärzte ohne Grenzen. "Der Globale Fonds hat sich bewährt und dazu beigetragen, Millionen Menschen vor dem Tod durch *Infektionskrankheiten* zu bewahren. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, Klarheit zu schaffen ob Angela Merkels bisherige Zusagen Bestand haben oder nicht."

Noch auf dem diesjährigen G8-Gipfel haben Angela Merkel und die anderen Regierungschefs erklärt, dass sie die Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds am 4./5. Oktober 2010 zu einem Erfolg machen wollen. Bislang ist Deutschland einer der größten Geldgeber des Globalen Fonds, der weltweit finanzkräftigsten Organisation zur Bekämpfung von HIV/*Aids*.

Doch schon mit den heutigen Finanzmitteln können nicht alle HIV/*Aids*-Kranke versorgt werden. Bislang erhalten rund fünf Millionen Menschen antiretrovirale Medikamente, etwa zehn Millionen Patienten warten auf die lebensverlängernde Behandlung. Ärzte ohne Grenzen fordert daher eine deutliche Erhöhung des deutschen Beitrags für den Globalen Fonds.

2005 hatten die G8-Staaten zugesagt, dass bis 2010 alle Bedürftigen weltweit Zugang zu Medikamenten haben würden. Frankreich und die USA haben jüngst signalisiert, dass sie die Zahlungen an den Fonds in den kommenden Jahren aufstocken wollen.

Ärzte ohne Grenzen kündigt Widerstand gegen eine mögliche Kürzung der deutschen Gelder an. "Wir werden bis zur Wiederauffüllungskonferenz im Oktober mit Diskussionen und Aktionen auf die Gefahr eines solchen Schritts für die Gesundheit der Menschen in ärmeren Ländern aufmerksam machen", so Moldenhauer.

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/meldung/1651286/> abgerufen werden.

Aktionsbündnis gegen AIDS

Kürzungen der Mittel des Globalen Fonds - NGOs gehen auf die Straße

20.07.2010 - 12:47 Uhr, Aktionsbündnis gegen AIDS

Wien (ots) - Am heutigen Dienstag gehen deutsche NGOs auf die Straße um gegen die geplanten Kürzungen der Mittel zum Globalen Fonds durch Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel zu demonstrieren. Im Rahmen des 'Human Rights March', der um 18.30 Uhr am Schottentor in Wien beginnt, fordern die NGOs, dass Niebel die Pläne stoppt und an den internationalen Verpflichtungen Deutschlands im Kampf gegen HIV/Aids festhält.

"Wir werden gegen diese unsinnigen Pläne kämpfen. Dirk Niebel kann sich auf unseren Widerstand gefasst machen.", sagt die Sprecherin des Aktionsbündnis gegen AIDS und Geschäftsführerin der BUKO Pharma-Kampagne Dr. Christiane Fischer. "Es kann nicht sein, dass die Erfolge im Kampf gegen HIV/Aids im Zuge der Finanzkrise geopfert werden. Für die Rettung der Banken sind Milliarden Euro übrig, aber bei der Rettung von Millionen von Menschen wird der Rotstift angesetzt", ergänzt Fischer.

Hintergrund der Demonstrationen sind Informationen aus dem BMZ, dass die Mittel zum Globalen Fonds für die nächste Finanzierungsperiode um 2/3 gekürzt werden sollen. Offensichtlich verfolgt das BMZ hier seine Strategie die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ideologisch neu auszurichten. Niebel plant eine Abwertung der multilateralen Zusammenarbeit zugunsten der bilateralen Zusammenarbeit. "Der Globale Fonds ist das wichtigste Finanzierungsinstrument im Kampf gegen Aids. Wenn die Regierung den Kampf ernst nimmt, dann sollte sie die Mittel aufstocken und nicht zurückfahren," sagt Beate Ramme-Fülle, Koordinatorin des Aktionsbündnisses gegen AIDS.

Im Rahmen des Menschenrechtsmarsches gibt es die Gelegenheit, die deutschen NGOs mit einer umgestalteten Deutschlandflagge zu fotografieren.

Pressekontakt:
Beate Ramme-Fülle
rammefuelle@aids-kampagne.de
Tel.: + 49 (0)176/83253625

Dr. Christiane Fischer
cf@bukopharma.de
Tel.: + 49 (0)157/73705637

Originaltext: Aktionsbündnis gegen AIDS
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/52831/>
Pressemappe via RSS: http://www.presseportal.de/rss/pm_52831.rss2